Nr. 427
B 211
Abend-Ausgabe

Berlin

Freitag, 9. September 1927
V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

10 Pfennig

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff (A 7) 2600—2665 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 2666—2686. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Ungewißheit in Genf

Wo bleibt die polnische Resolution? / Die Juristen an der Arbeit / Chamberlains Druck / Und Deutschland?

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

jb **Genf**, 9. September

Was praktisch hier werden wird, weiß zur Stunde niemand, und selbst den amtlichen deutschen Kreisen ist in der zweiten Nachmittagsstunde noch ganz unbekannt, ob noch irgendeine Einigung zwischen den drei Locarno-Mächten und Polen erzielt wird, ob Polen seine Resolution selbständig einbringen oder was überhaupt heute nachmittag geschehen soll.

Mit etwas mehr Völkerbundsgesinnung wäre dieser ganze Konflikt und diese blamable Verwirrung vollkommen zu vermeiden gewesen: Man hätte einfach, wie es im Völkerbunde von Anfang an, üblich war, die verschiedenen Resolutionen einbringen sollen, um sie dann am Ende nach gründlicher Durchberatung zu einer einheitlichen Resolution zu verschweigen. Damit wäre wahrscheinlich das von den Locarnomächten gewünschte Resultat erzielt worden, ohne daß die Großmächte es nötig gehabt hätten, sich den Anschein einer Majorisierung und Terrorisierung der übrigen Völkerbundsmitglieder zu geben.

Tatsache ist, daß die Polen ihre Resolutionen heute vormittag nicht eingebracht haben und das Gerücht gewinnt an Wahrscheinlichkeit, wonach sie unter dem Druck der drei Locarno-Mächte sich doch zu einer Aenderung ihrer Schlußformel mit der Aufforderung zum Abschluß von Nichtangriffspakten bereit finden. Zur Stunde ist diese Resolution jedenfalls heftig in Bearbeitung, und Juristen und Minister bemühen sich gemeinsam, ihr den Stachel auszuziehen. Wenn die Juristen mehr Fühlung mit der öffentlichen Meinung hätten, so würden sie allerdings kaum einen großen Unterschied darin erblicken, ob man den Abschluß von Nichtangriffspakten für „wünschenswert" erklärt oder ob man die Mitglieder des Völkerbundes dazu „auffordert".

Um diesen Unterschied handelt es sich aber im Grunde bei dem ganzen Streite und dann noch um etwas sehr Bedeutsames: um die Form der Behandlung der Resolution. Die sämtlichen Delegationen in der Völkerbundversammlung mit Ausnahme einiger weniger Großmächte wünschen keine Annahme der Resolution in einer künstlich erzeugten Hurrastimmung, sondern verlangen, wie das heute vormittag Vandervelde in einer großen Rede in der Völkerbundversammlung ausführte, daß die holländische Resolution sowohl wie alle anderen Anträge, die ihr noch folgen könnten, ruhig und sachlich in den Kommissionen geprüft werden.

Daß paßt aber Herrn Chamberlain nicht, der die Locarnovertrag für den ganz und gar dem Völkerbundgedanken widersprechenden Plan eingefangen hat, die vorgeschlagene Resolution der im Völkerbund üblichen Behandlung zu entziehen und ihr jede Bedeutung schon dadurch zu nehmen, daß sie ohne große Debatte möglichst nur nach ein paar großen Reden im Galopp angenommen und — vergessen wird!

Daß die Völkerbundmitglieder sich diese Behandlung einer Sache, um die es den meisten doch sehr Ernst ist, nicht gefallen lassen wollen, kann man ihnen in der Tat bei einigem Gerechtigkeitsgefühl nicht verdenken. **Es ist außerordentlich bedauerlich, daß die deutsche Politik, die mit so schönen Grundsätzen von der Demokratisierung des Völkerbundes und dem Rechte der kleinen Staaten, zu dessen Befürworter sie sich machen wollte, in den Völkerbund hineingegangen ist, sich so rasch auf die überaus schiefe Ebene der Chamberlainschen Völkerbundpolitik hat ziehen lassen. Vielleicht braucht das konservative England den Verlust der Sympathien nicht zu fürchten. Aber die deutsche Politik hätte ihren Erwerb allzu nötig, um sie so überflüssigerweise zu gefährden.**

Ministerbesprechung in Berlin

Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers waren heute vormittag die in Berlin anwesenden Reichsminister versammelt, um die aus Genf eingelangten Berichte Dr. Stresemanns zu hören und zu den Ergebnissen der bisherigen Verhandlung der deutschen Delegation mit Briand und Chamberlain über die polnische und die holländische Resolution Stellung zu nehmen.

Dr. Stresemann hat heute vormittag eine längere Aussprache mit Briand gehabt, die sich um die neuformulierten Wünsche der polnischen Regierung drehte. Nach den hier vorliegenden Mitteilungen ist anzunehmen, daß **weder einen von den Großmächten mitunterzeichneten, noch über einen selbständigen Antrag der polnischen Delegation, noch über die Resolution des holländischen Außenministers im Plenum während dieser Tagung abgestimmt wird.**

Im Reichskabinett ist die Haltung der deutschen Delegation in Genf durchaus gebilligt worden. Als wesentliches Ergebnis der Taktik Stresemanns sieht manan, daß die Polen durch sie gezwungen worden seien, sich zu decouvrieren, d. h. zu bekennen, daß es ihnen mit ihrem Antrage lediglich darum zu tun gewesen sei, Deutschland zu der Konzession eines Ostlocarno-Paktes zu nötigen. Deutschland habe durch die Bereitwilligkeit, den Antrag auf generelles Verbot eines Angriffskrieges mitzuunterzeichnen, neuerlich den Beweis erbracht, daß es keine aggressiven Absichten hege. Deutschland könne und werde aber andererseits nicht auf die friedlichen Möglichkeiten verzichten, die sich aus dem Artikel 19 des Völkerbundstatutes für seine Grenzen im Osten ergeben.

Polens neue Forderungen zurückgezogen?

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

jb **Genf**, 9. September (2.10 Uhr)

Ich erfahre soeben, daß die polnische Schlußformel, die gestern beantragt wurde, wieder zurückgezogen sein soll. Indessen scheint noch nicht festzustehen, ob die Warschauer Regierung sich damit einverstanden erklären wird.

Vor der Stresemann-Rede

Was sagt der Außenminister?

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

jb **Genf**, 9. September

Dr. Stresemann, der heute nachmittag in der Generaldebatte spricht, wird sich besonders mit den Fragen der Wirtschaftspolitik, der Sicherheit und der Abrüstungsfrage befassen. Er wird auf die Bedeutung der Sozialpolitik hinweisen und erklären, daß sie nur bei friedlichen Verhältnissen in Ruhe durchgeführt werden könne. **Diese friedlichen Verhältnisse seien durch die Locarno-Verträge durchaus garantiert, so daß auch für die Abrüstung keinerlei tatsächliche Hindernisse mehr bestehen.** Er wird deshalb auch fordern, daß die für November angesetzte Tagung der vorbereitenden Abrüstungskommission nicht verschoben wird, und **daß endlich der Anfang mit der Beseitigung der herrschenden Ungleichheit auf dem Gebiete der Rüstungen gemacht wird.**

Der Appell Vanderveldes

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

jb **Genf**, 9. September

Die heutige Vormittagssitzung der Völkerbundversammlung wurde mit einer Rede des belgischen Außenministers Vandervelde eingeleitet, der mit dem anerkennenswerten Mute, der ihn auszeichnet, nicht nur die immer noch in der Außenwelt fortbestehende **Einteilung in „Sieger" und „Besiegte", Bewaffnete und Entwaffnete beklagte**, sondern sich auch den von den Vertretern der kleinen Staaten vorgebrachten Kritiken, Beschwerden und Hoffnungen durchaus anschloß. Als Legitimation für diese Haltung führte er an, daß Belgien allem zugestimmt habe, was der Völkerbund an internationalen Verpflichtungen zur Friedenssicherung zu schaffen versucht hätte, vom Garantiepakt angefangen über das Genfer Protokoll hinweg bis zu den Verträgen von Locarno.

Mit sehr scharfer Betonung erklärte der belgische Außenminister, er hätte dringend gewünscht, daß die Versammlung des Völkerbundes die holländische Resolution und alle weiteren Anregungen zu diesem Thema ernst und gründlich geprüft und untersucht hätte, statt sie in einer tumultuarischen Abstimmung durch Akklamation anzunehmen, und er fand mit diesen Ausführungen spontanen starken Beifall. Denn würde es, erklärte Vandervelde, starken Eindruck in der Welt gemacht haben, wenn die Vertreter von 49 Staaten sich in der feierlichen Erklärung zusammengefunden hätten, daß der Angriffskrieg ein Verbrechen an der Menschheit ist. Es genüge heute, jedenfalls nicht mehr, nur ein Glaubensbekenntnis abzulegen, man müsse sich jetzt zu wirklichen Taten aufraffen.

Die Abrüstung wird und muß kommen, rief Vandervelde aus, denn sonst wird der Rüstungswettlauf unfehlbar zum Kriege führen, der dann die gründlichste Abrüstung bedeuten wird. Denn an seinem Ende wird die ganze Welt ruiniert sein.

Wenn man dagegen sich bald entschließt, mit der Abrüstung einen Anfang zu machen und die politischen Bedingungen dafür zu schaffen, dann werde es auch möglich sein, die Ungleichheiten zu beseitigen, die hier so beklagt worden sind. Der Völkerbund, schloß Vandervelde, kann und soll kein Ueberstaat sein, aber er muß die Beschlüsse vorbereiten, die von den Völkern dann aus eigenem Willen angenommen und durchgeführt werden, und er darf nicht warten, bis die Völker bereit sind, sondern er muß alles für den Moment der Bereitschaft vorsorgen.

Die Rede Vanderveldes fand starken Beifall.

Der italienische Delegierte Cavazzoni sprach hauptsächlich über soziale Fragen. Am Schlusse hörte man den norwegischen Delegierten Lange, dessen Rede eine Polemik gegen den griechischen Delegierten Politis brachte. Politis begehe den großen Irrtum, hier „alles oder nichts" zu fordern. Das sei zwar sehr logisch, aber gar nicht politisch. Wenn man warten und die Entscheidung aufschieben wolle, so werde man bis zum Nimmermehrtag warten können. Der Völkerbund könne nur das sein, was die Politiker aus ihm machen.

Lange erblickt den einzigen möglichen Weg zur Abrüstung in der Ausdehnung der Wirksamkeit der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit des ständigen internationalen Schiedsgerichtshofes. Das werde auch genügende Sicherheit schaffen, um die Abrüstung zu ermöglichen, in deren technischen Vorbereitungen kein Stillstand eintreten dürfe. Man dürfe nicht warten, wie Politis gesagt habe, sondern im Gegenteil, man müsse handeln.

Heute mittag findet unter dem Präsidium des Vorsitzenden des Internationalen Journalistenverbandes beim Völkerbund, Georg Bernhard, das von dem Verbande alljährlich veranstaltete große Frühstück statt, an dem auch sämtliche Mitglieder des Völkerbundrates, der Präsident der Völkerbundversammlung, der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Thomas, und andere mehr teilnehmen.

15 Kinder durch Explosion verletzt

Burg bei Magdeburg, 9. September

Ein schweres Unglück ereignete sich heute früh in der Feldmark Trotzel. In der Gabelung der alten Heerstraße nach Niegripp fand ein Schulkind auf einem Ausflug ein Sprenggeschoß, nahm es auf und warf es weg. Die Wirkung war furchtbar. 15 Kinder erlitten Verletzungen, vier davon schwere.

Das Martyrium des Polizeipräsidenten

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

d **Braunschweig**, 8. September

Die Verhandlungen im Untersuchungsausschuß des Braunschweiglichen Landtags drehen sich immer noch um die Treibereien der Regierung gegen den demokratischen Polizeipräsidenten. Immer erkennbarer wird der Kampf der Geheimratsbürokratie, unterstützt von den „Fachministern", gegen den demokratischen Beamten, der unter allen Umständen zu Fall gebracht werden sollte.

Der Polizeipräsident ist nach dem jetzt eingegangenen Zeugnis nervenkrank und seelisch völlig zusammengebrochen, so daß an eine Vernehmung in absehbarer Zeit nicht zu denken ist. „Ein so kranker Mann konnte doch nicht Polizeipräsident sein", fragen die Rechtsparteien und versuchen darüber hinwegzutäuschen, daß dieser früher gesunde und willensstarke Mann unter der Last dieses Martyriums zusammenbrechen mußte.

In einer Denkschrift hat der Polizeipräsident alle die Ränke und Treibereien zusammengestellt, deren sich die deutschnationalen Regierungs- und Verwaltungsbeamten ihm gegenüber bedienten. Die Rechtsparteien benutzen aber immer wieder ihre Mehrheit im Ausschuß, die Verlesung dieser Denkschrift zu inhibieren.